

Editorial: EU-Osterweiterung –
vor allem eine große Chance

Die Hartz-Gesetze –
ein umfassendes Evaluationskonzept

Finanzsituation der Krankenhäuser
wird sich weiter verschärfen

Neuerscheinungen:
RWI : Discussion Papers 11–16
RWI : Materialien 8–10, 13

Interna: Interner Umzug
Neue Mitarbeiter im RWI

Nr. 2/2004



EU-Osterweiterung – vor allem eine große Chance

Der Beitritt von acht ost- und zwei südeuropäischen Staaten zur Europäischen Union bedeutet eine tiefe Zäsur im europäischen Integrationsprozess. Auf politischer Ebene findet die Jahrzehnte währende Spaltung des Kontinents in ein westliches und ein östliches Lager ihren definitiven Abschluss. Zwar ist das ökonomische Gewicht der Beitrittsländer derzeit begrenzt und der wirtschaftliche Nachholbedarf der osteuropäischen Volkswirtschaften noch sehr groß. Jedoch ist das wirtschaftliche Potenzial der Beitrittsstaaten – rund 75 Mill. Menschen, ein Viertel des Gebietes der EU-15 – durchaus ansehnlich.

Was für den deutschen Einigungsprozess galt, trifft allerdings auch auf die Integration der Beitrittsländer in die EU zu: Auf lange Sicht wird sich viel mehr verändern, als den Menschen in den „alten“ EU-Ländern heute klar ist. Die Bedingungen sind jedoch andere: Es wird keine rasche Angleichung der Löhne geben, eine „Sozialunion“ mit den hiermit verbundenen Transferzahlungen steht nicht zur Debatte, die volle währungspolitische Integration in den Euro-Raum wird deutlich später stattfinden, und die europäische Strukturpolitik wird angesichts des real bestehenden wirtschaftlichen West-Ost-Gefälles und des begrenzten finanziellen Rahmens für das strukturpolitische Engagement der EU in Zukunft „kleine Brötchen“ backen müssen.

Die Menschen in den alten Mitgliedsländern stehen der Aufnahme der ostmitteleuropäischen Nachbarn wohl überwiegend positiv gegenüber. In die Zustimmung haben sich allerdings auch hier und da gerade in den Nachbarstaaten der „Neuen“ Skepsis und Ängste eingeschlichen. Die Entscheidungsträger in Brüssel und den Mit-

gliedstaaten tun gut daran, gerade auch die negativen Stimmungen ernst zu nehmen.

Für die Wirtschaft in Deutschland bringt die Osterweiterung kritische Herausforderungen und große

Chancen. Wettbewerber aus den Beitrittsländern werden, zumindest nach voller Herstellung der Dienstleistungsfreiheit, ihre Qualitätsprodukte und -leistungen zu günstigen Konditionen anbieten können. Auswärtige Investoren werden sich künftig noch schwerer als bisher schon mit Investitionsentscheidungen zu Gunsten von Standorten in den neuen Bundesländern tun.

Für die meisten Branchen der deutschen Wirtschaft und die weitaus meisten Unternehmen bedeutet die Osterweiterung aber eine große Chance für die Erschließung neuer Märkte und Investitionsfelder. Per saldo wird die Integration der neuen Mitglieder für die Konsumenten in der gesamten EU zu einem höheren Wohlstandsniveau führen.

Dies setzt freilich voraus, dass die Flankierung des Beitritts durch die institutionelle Reform der Union gelingt, die europäische Stabilitäts- und Wachstumspolitik auf Kurs bleibt und längst überfällige Strukturreformen in den alten Mitgliedsländern nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden. Auch sollte man die zunächst wohl kaum vermeidbaren Übergangsfristen in „kritischen“ Integrationsbereichen nicht über Gebühr in die Länge ziehen.

Bernhard Lageman



Aus der Forschung

Die Hartz-Gesetze – ein umfassendes Evaluationskonzept

In den vergangenen Jahrzehnten ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland kontinuierlich gestiegen und verharrt auf hohem Niveau. Ebenso werden seit Jahren Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik eingesetzt, um sie zu reduzieren. Die Frage nach deren Erfolg ist weitgehend unbeantwortet, da die arbeitsmarktpolitischen Bemühungen in der Vergangenheit nicht systematisch evaluiert wurden. Zwischen Ende 2002 und Ende 2003 wurden mit den Hartz-Reformen weit reichende Reformen umgesetzt. Sie umfassen insbesondere die Modifikation bestehender und die Einführung neuer Instrumente der Arbeitsmarktpolitik sowie die Veränderung der Rahmenbedingungen, innerhalb derer diese Politik implementiert wird. Die Reformen sollen – explizit nach dem Willen des Bundestags – systematisch evaluiert werden. Hierzu hat das RWI zusammen mit dem Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) im Auftrag des BMWA ein umfassendes Konzept erstellt. Kernaufgaben sind die Ermittlung der Effektivität (Wirksamkeit) und der Effizienz (Wirtschaftlichkeit) jeder individuellen Maßnahme sowie der Reformen insgesamt. Das Konzept erlaubt zudem die Vergleichbarkeit einzelner Maßnahmen miteinander, entwirft ein direkt umsetzbares Datenerhebungskonzept und ist methodisch konsistent über 2006 hinaus erweiterbar.

Die Hartz-Reformen der Arbeitsmarktpolitik verfolgen vor allem drei Ziele: eine schnelle und nachhaltige Arbeitsvermittlung, die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten sowie eine vereinfachte Integration Arbeitssuchender in den Arbeitsmarkt. Hauptaufgabe der Studie ist es, ein unmittelbar umsetzbares Konzept zu erstellen, das die Evaluation sowohl aller einzelnen Politikmaßnahmen (Ich-AG, Minijob-Reform etc.) als auch der Reformen insgesamt erlaubt. Zudem sollen der Zwischenbericht bereits Mitte 2005, der Endbericht bereits Mitte 2006 vorliegen.

Das Evaluationskonzept sollte angesichts dieser Restriktionen den folgenden sechs Grundsätzen folgen: (a) *Umsetzbarkeit*, (b) *Fokussierung* auf die Effekte der Hartz-

Reformen bezüglich der Beschäftigung von Arbeitslosen, (c) *Konsistenz*, d.h. ein einheitlicher Analyserahmen für klare Evaluationsfragen (d) *Interdisziplinarität*, d.h. Kombination von theoretischer Analyse, Ökonometrie und Prozessanalyse, (e) *Robustheit* der Methoden, angepasst an die Datensituation, sowie (f) *Erweiterbarkeit* über 2006 hinaus.

Ursächliche Zusammenhänge aufdecken

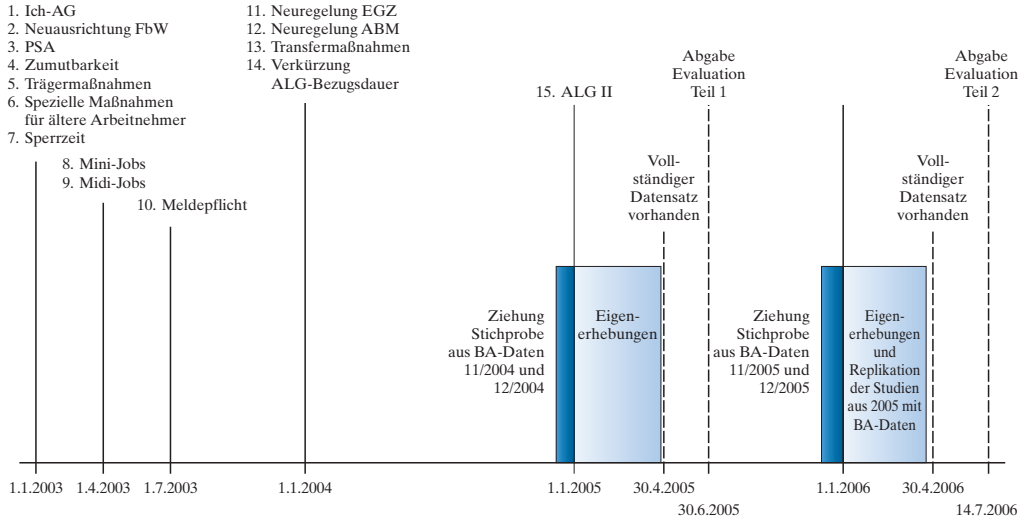
Die zentrale und wissenschaftlich anspruchsvollste Aufgabe der Evaluation ist es, kausale Effekte der Maßnahmen zu identifizieren. Hierzu müssen diese bestmöglich isoliert werden, damit die Ergebnisse nicht durch sich überlappende Effekte verfälscht werden. Zudem muss ein sog. kontrafaktisches Vergleichsszenario entwickelt werden („Was wäre ohne die Einführung der Maßnahme geschehen?“). *Konzeptionelle* Probleme sind zum einen, dass die Veränderungen im allgemeinen Rahmen der Arbeitsmarktpolitik und individueller Instrumente miteinander verflochten sind. Zum anderen betreffen einige politische Interventionen alle Arbeitssuchenden, so dass die Vergleichsgruppe sorgfältig konstruiert werden muss. *Praktische* Probleme ergeben sich aus der noch unklaren Implementierung des neuen Steuerungsmechanismus sowie der eingeschränkten Datenlage; Lücken müssen durch zusätzliche Erhebungen – beispielsweise zum aktuellen Beschäftigungsstatus – geschlossen werden.

Analyse in mehreren Schritten

Die Arbeitsschritte des Konzepts sind:

- Abfrage statistischer Daten (Monitoring),

Zeitachse für die Evaluation – Überblick



Anmerkung: Vermittlungsgutscheine seit 27.03.2002



- Analyse der Dienstleistungen der Arbeitsämter,
- mikroökonomische Analyse der einzelnen Instrumente und insgesamt,
- makroökonomische Analyse unter Beachtung regionaler, zyklischer und anderer Faktoren.

Grundlage der empirischen Analyse ist die deskriptive Analyse der Daten. Hierzu gehört die Beschreibung der Zielsetzung, regionaler Differenzen und des Implementationsstandes sowie von Anreizstrukturen, Charakteristika der Programmteilnehmer und das Sammeln von Informationen zur Vergleichsgruppe.

Nächster Schritt ist die Analyse der Effektivität. Dies geschieht, indem das Ergebnis einer Maßnahme dem hypothetischen Zustand einer Welt ohne diese Maßnahme gegenüber gestellt wird. Hierzu muss die Beobachtungseinheit genau definiert werden. Da es sich hierbei im Kontext der Hartz-Reformen in erster Linie um Arbeitslose handelt, ist die interessanteste Zielgröße die Beschäftigung. In diesem Zusammenhang scheinen nicht-parametrische Metho-

den, insbesondere die Matching-Methode, oftmals am besten geeignet, kausale Effekte zu identifizieren. Matching unterteilt die betrachteten Individuen anhand beobachtbarer Attribute in eine Untersuchungs- und eine Vergleichsgruppe und ahmt so gewissermassen ex post ein Zufallsexperiment nach. Damit verwandt ist der Differenz-in-Differenzen-Ansatz (DiD), der die Differenzen der Ergebnisse von Teilnehmern und Nicht-Teilnehmern vor und nach einem Eingriff vergleicht.

Matching und DiD sind gebräuchliche Ansätze der Evaluationsforschung, die in vielen Fällen Maßnahmeeffekte identifizieren können. Dennoch gibt es keine Methode, die in allen Fällen die „richtige“ Antwort gibt. Daher beinhaltet das Evaluationskonzept zwar einen einheitlichen Analyserahmen für alle Maßnahmen, schlägt aber innerhalb dieses Rahmens für jede Maßnahme eine maßgeschneiderte Methode vor, die den kausalen Effekt ermitteln kann.

Bei der Analyse der Effizienz kommt es vor allem darauf an, sowohl direkte Kosten einer Maßnahme als auch indirekte (wie

Opportunitätskosten, eventuelle negative Nebeneffekte) einzubeziehen und diese der Effektivität gegenüber zu stellen.

Letzter Schritt ist schließlich die Implementations- und Prozessanalyse, die Gründe für die geschätzte Effektivität und Effizienz bestimmen soll. Sie konzentriert sich eher auf qualitative denn auf quantitative Aspekte des Programms. Ein Großteil der hierfür benötigten Daten wird aus Befragungen von Mitarbeitern des Arbeitsamts und Arbeitslosen stammen.

Ähnlich wie auf der Mikro- ist auch auf der Makroebene vor allem die Frage zu beantworten „Was wäre ohne die Hartz-Reformen mit Schlüsselgrößen wie der Arbeitslosenrate passiert?“ Bezüglich der Effizienz sollten vor allem schädliche Nebeneffekte, z.B. Verdrängungseffekte, erkannt und bewertet werden.

Effektivität durch direkte Vergleiche bewerten

Die größte Herausforderung dieser Evaluation ist es, vergleichbare Belege für die Effektivität der verschiedenen Komponenten der Hartz-Reformen zu finden. Direkte Vergleiche zwischen einigen Instrumenten (beispielsweise Ich-AG und Micro-Darlehen der KfW) sind zu empfehlen, um das Erfolg versprechendste auswählen zu können. Zudem erscheint es sinnvoll, nur eine Vergleichsgruppe zu konstruieren, die simultan für die Bewertung der meisten Instrumente eingesetzt werden kann. Dies reduziert nicht nur die Kosten der Datensammlung, sondern sichert auch die Vergleichbarkeit und Interpretationsfähigkeit der Ergebnisse.

Um die Effekte der Maßnahmen auf die Teilnehmer abschätzen zu können, werden individuelle Daten über Teilnehmer und Nicht-Teilnehmer benötigt, teilweise auch individuelle Unternehmensdaten. Diese sollten durch Daten auf Ebene der lokalen Arbeitsämter (insbesondere über deren

Beratungsqualität) ergänzt werden. Ohne letztere Information ist das konzeptionelle Problem der gleichzeitigen Veränderung der Rahmenbedingungen und der Maßnahmen nicht lösbar.

Einen Großteil der Daten kann die Bundesagentur für Arbeit (BA) zur Verfügung stellen, Zeitverzögerungen machen jedoch zusätzliche Erhebungen nötig. So sollen Zufallsstichproben der Teilnehmer verschiedener Maßnahmen zwischen Januar 2003 und Juni 2004 aus den Datenbeständen der BA ausgewählt werden. Teilnehmer und die Vergleichsgruppe (arbeitslose Nicht-Teilnehmer) werden zusätzlich bezüglich ihres Arbeitsmarktstatus 2004 und 2005 befragt und die Informationen mit den Daten der BA verknüpft. Aufgrund der zeitlichen Parallelität der Maßnahmen lassen sich die Ergebnisse dann gut miteinander vergleichen.

Informationen: fertig@rwi-essen.de;
kluve@rwi-essen.de

Michael Fertig et al., Die Hartz-Gesetze zur Arbeitsmarktpolitik – Ein umfassendes Evaluationskonzept. RWI : Schriften 74. Berlin: Duncker & Humblot, 320 S., 79,80 €

Die zentralen wissenschaftlichen Erkenntnisse sind zusammengefasst in: Michael Fertig and Jochen Kluve, A Conceptual Framework for the Evaluation of Comprehensive Labor Market Policy Reforms in Germany. RWI : Discussion Paper 13. RWI, Essen, erscheint in Kürze in Applied Economics Quarterly



Finanzsituation der Krankenhäuser wird sich weiter verschärfen

Wie eine Studie des RWI in Zusammenarbeit mit der Unternehmensberatung Admed ergeben hat, kommen auf die deutschen Krankenhäuser bis zum Jahr 2010 zusätzliche Finanzierungskosten in Höhe von bis zu 1,5 Mrd. € jährlich zu. Dies wird wahrscheinlich durch einen Rückgang von derzeit 2 200 auf rund 1 900 Kliniken begleitet. Diese Entwicklung ist vor allem darauf zurückzuführen, dass sich die öffentliche Hand immer stärker aus der Finanzierung von Investitionen im Krankenhausbereich zurückzieht und die Banken im Zuge von Basel II ihre Kredite an Krankenhäuser verteuern werden.

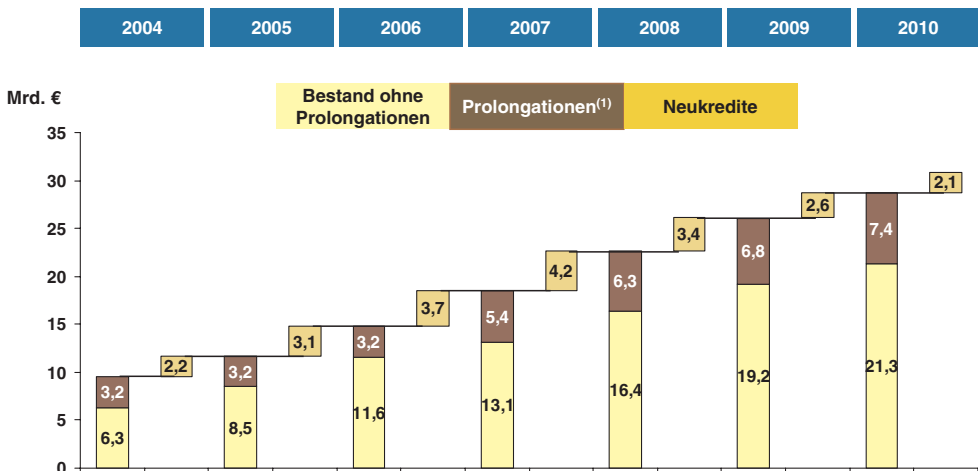
Die Finanzierungssituation von Krankenhäusern wird zukünftig vor allem von zwei Entwicklungen geprägt sein: den Folgen des anhaltenden Rückzugs der öffentlichen Hand aus der Finanzierung von Investitionen und dem dadurch entstandenen Investitionsstau im Krankenhausbereich sowie der von Banken im Gefolge von Ba-

sel II verstärkter geforderten Risiko sensitiven Zinsmargen.

Das RWI hat daher gemeinsam mit der Health Care Unternehmensberatung Admed die Auswirkungen dieser Entwicklungen untersucht. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Kreditbedarf, der entsteht, um den Herausforderungen im Krankensektor gerecht werden zu können. Statistische Grundlage der Untersuchung sind öffentlich vorliegende Geschäftsberichte. Substantielle Unterschiede in den Bilanzen und den Gewinn- und Verlustrechnungen erfordern für die Analyse eine Unterteilung der Krankenhäuser in „private“ und „nicht-private“.

Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass sich das derzeitige Kreditvolumen

Steigende Kreditnachfrage der Krankenhäuser Verdreifachung der Kreditsumme bis 2010 erwartet



(1) Bei angenommener Laufzeit von 3 Jahren
Quelle: ADMED / RWI Analyse

(ohne Fördermittel nach Krankenhausfinanzierungsgesetz) auf etwa 10 Mrd. € beläuft. Die jährlichen Finanzierungskosten betragen ca. 500 Mill. €.

Vor dem Hintergrund der schlechten wirtschaftlichen Situation vieler Krankenhäuser und des wachsenden Wettbewerbsdrucks mit der Einführung des neuen Abrechnungssystems (DRG Fallpauschalen) seit Januar 2004 sind höhere Ausfallwahrscheinlichkeiten zu erwarten, vor allem bei öffentlichen Krankenhäusern, für die die bürgenden Kommunen aus eigener finanzieller Schwäche immer weniger die Haftung übernehmen können. Dies wird voraussichtlich zur Folge haben, dass die Anzahl der Krankenhäuser bis zum Jahre 2010 von heute über 2 200 auf etwa 1 900 zurückgehen wird.

Ferner prognostiziert die Untersuchung, dass die strengeren Regelungen zur Kreditvergabe durch Basel II für den Krankenhaussektor höhere Risikomargen und damit bis zum Jahr 2010 Mehrkosten in Höhe von jährlich etwa 170 Mill. € bedeuten. Weitere etwa 1,36 Mrd. € Finanzierungskosten jährlich kommen auf die Krankenhäuser zu, weil die steigende Wettbewerbsintensität sie einerseits zwingt, den Investitionsstau abzubauen. Gleichzeitig wird sich die öffentliche Hand jedoch weiter aus der Investitionsfinanzierung zurückziehen. Die Finanzbelastung der Krankenhäuser steigt also, es sind Gesamtkosten von jährlich 2 Mrd. € zu erwarten.

Diese Entwicklung und ihre Folgen waren auch ein Thema auf dem diesjährigen

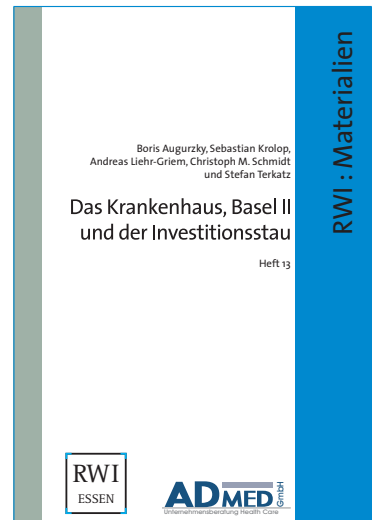
Hauptstadtkongress „Medizin und Gesundheit“, der vom 2. bis 4. Juni in Berlin stattfand. Unter dem Titel „Konsolidierung und Internationalisierung – Krankenhäuser auf neuen Wegen“ diskutierten dort Gesundheitsexperten, moderiert von RWI-Präsident Christoph M. Schmidt, über die Zukunftssicherung im Krankenhausbereich durch aktive Steuerung der Kosten- und Erlösstrukturen.

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke (Technische Universität Berlin) betonte die Entwicklung in Richtung eines Internationalen Krankenhausmarktes und grenzüberschreitenden Wettbewerbs – nicht zuletzt getrieben durch die Europäische Union. Dabei berge der europäische Markt aufgrund der zu erwartenden Privatisierungswellen langfristig Wachstums- und Wertschöpfungspotenziale. Es gelte daher, die strategische Bedeutung der Internationalisierung zu erkennen und sich entsprechend auf die Zukunft vorzubereiten.

Boris Augurzky et al., Das Krankenhaus, Basel II und der Investitionsstau.

RWI : Materialien 13. RWI, Essen.

Informationen: Boris.Augurzky@rwi-essen.de



Eingeworbene Forschungsaufträge

Experimenteller Wohnungs- und Städtebau – Auswirkungen staatlich geförderter Maßnahmen zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung auf die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden. Expertise

für das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Ansprechpartner: Dr. Hans Dietrich von Loeffelholz, zum Projektteam gehört Ronald Janßen-Timmen. Laufzeit: 3 Monate.

Entwicklung eines Nachhaltigkeitskonzeptes für den Landeshaushalt NRW. Projekt für das Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen. Ansprechpartner: Dr. Hans Dietrich von Loeffelholz; zum Projektteam gehört Hermann Rappen. Laufzeit: 3 Monate.

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft 2004 (Gemeinschaftsdiagnose). Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit. Projektleiter: Dr. Roland Döhrn. Projektteam: György Barabas, Heinz Gebhardt, Peter Hohlfeld, Torge Middendorf, Günter Schäfer, Torsten Schmidt, Ullrich Taureg.

Publikationen

RWI : Discussion Papers

Download der RWI : Discussion Papers unter www.rwi-essen.de/dp

(11) Thomas K. Bauer and Astrid Kunze, The Demand for High-Skilled Workers and Immigration Policy

Unter Verwendung eines neuen Unternehmensdatensatzes – dem IZA *International Employer Survey 2000* – gibt das Papier eine deskriptive Analyse der Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitskräften. Die Ergebnisse legen nahe, dass Arbeitskräfte aus EU-Ländern meist die Fähigkeiten einheimischer hoch qualifizierter Arbeitnehmer ergänzen. Hochqualifizierte aus Nicht-EU-Ländern werden hingegen meist auf Grund eines Mangels an einheimischen hoch qualifizierten Arbeitskräften eingestellt.

Zudem werden in dem Papier die Politikinitiativen der jüngsten Vergangenheit bezüglich der zeitlich begrenzten Zuwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte beschrieben. Nach den Ergebnissen der deskriptiven Untersuchung können sie die Nachfrage von Unternehmen nach hoch qualifizierten Arbeitnehmern nur teilweise erfüllen. Eine umfassendere Zuwanderungspolitik, die auch die dauerhafte Zuwanderung Hochqualifizierter ermöglicht, scheint notwendig zu sein.

(12) Thomas K. Bauer, Holger Bonin and Uwe Sunde, Real and Nominal Wage Rigidities and the Rate of Inflation

Unter Verwendung amtlicher Individualdaten für die Jahre 1976 bis 1997 analysiert die Studie nominale und reale Lohnstarreheiten in Westdeutschland. Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass ein erheblicher Teil der Arbeitnehmer von – überwiegend realen – Lohnstarreheiten betroffen sind, wobei die Löhne in der vergangenen Dekade an Flexibilität gewonnen haben. Das Ausmaß der realen Lohnrigidität steigt dabei mit der Inflation, während für die nominale Lohnrigidität das Gegenteil gilt. Die Ergebnisse implizieren, dass das Auftreten von Lohnstarreheit, die das Wachstum der Arbeitslosigkeit signifikant beschleunigt, in einem Umfeld moderater Inflation am besten verringert wird.

(13) Michael Fertig and Jochen Kluge, A Conceptual Framework for the Evaluation of Comprehensive Labor Market Policy Reforms in Germany

Das Papier beinhaltet ein Evaluationskonzept zu den Hartz-Reformen, das heran gezogen werden kann, um deren Erfolg bis Mitte 2006 (Ende der laufenden Legislaturperiode) empirisch zu evaluieren (vgl. S. 3–5).

(14) Thomas K. Bauer, Stefan Bender and Holger Bonin, Dismissal Protection and Worker Flows in Small Establishments

Im Papier werden die Effekte unterschiedlich strikter deutscher Kündigungsschutzregelungen auf die Beschäftigungsdynamik kleiner Unternehmen untersucht. Dies geschieht auf Basis eines großen Datensatzes, in dem Daten von Arbeitgebern und Beschäftigten miteinander verbunden sind. Mit einem Differenzen-in-Differenzen-Ansatz (DiD) wird untersucht, wie sich eine Veränderung der Schwelle, ab der kleine Unternehmen vom Kündigungsschutz ausgenommen sind, auf Einstellungen und Entlassungen auswirkt.

Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass der veränderte Schwellenwert im Kündigungsschutz keine statistisch signifikanten Effekte sowohl auf das Beschäftigungsniveau als auch die Fluktuation von Arbeitnehmern hat.

(15) Manuel Frondel, Jens Horbach and Klaus Rennings, What Triggers Environmental Management and Innovation?

Häufig wird angenommen, dass Umwelt-Management-Systeme (EMS) die Umwelt-Performance eines Unternehmens verbessern können. Ob dies stimmt oder nicht, ist aus Perspektive der Umweltpolitik ebenso wichtig wie die Fragen, wie überzeugende Anreize für die freiwillige Zertifizierung von EMS durch ein Unternehmen und für die Erhöhung seiner Innovationsaktivitäten gesetzt werden können.

Basierend auf weit reichender empirischer Evidenz für das deutsche Verarbeitende Gewerbe untersucht das Papier diese Fragestellungen anhand eines rekursiven bivariaten Probit-Modells. Dieses berücksichtigt explizit, dass die Entscheidung eines Unternehmens bezüglich Innovationsaktivitäten mit der Entscheidung zur EMS-Zertifizierung korreliert ist. Die empirischen Resultate zeigen jedoch, dass Inno-

vationen im Umweltbereich in keinem Zusammenhang mit der EMS-Zertifizierung oder anderen einzelnen Politikinstrumenten stehen. Das Innovationsverhalten scheint eher mit der Strenge der Umweltpolitik korreliert zu sein.

(16) Claire Champenois, Dirk Engel and Oliver Heneric, The Birth of German Biotechnology Industry – Did Venture Capital run the show?

Die in Zusammenarbeit mit dem ZEW erstellte Studie sucht nach Antworten auf die Frage, welchen Stellenwert Venture-Capital-Gesellschaften (VCG) und Unternehmen außerhalb des Finanzsektors als Beteiligungsgeber für neu gegründete Biotechnologieunternehmen in Deutschland haben. Aus theoretischer Sicht spricht einiges für eine hohe Bedeutung von VCG als Beteiligungsgeber für Unternehmen mit hohen Chancen auf Wertsteigerung bei gleichzeitig hohem Risiko. Unternehmen außerhalb des Finanzsektors können sich zwar auch mit Beteiligungskapital engagieren. Die Begründung einer Allianz mit dem Ziel des Erwerbs der Eigentumsrechte an einer neuen Technologie stellt allerdings eine weitaus kostengünstigere Alternative dar. Folglich sollten diese Unternehmen in geringerem Umfang als Beteiligungsgeber zur Finanzierung von Projekten mit hohem Risiko auftreten.

Die empirischen Untersuchungen belegen beide Vermutungen. 42 Prozent der Entwickler von neuen medizinischen Anwendungen konnten auf Beteiligungskapital bei VCG zurückgreifen. Umgekehrtes gilt für die Unternehmen außerhalb des Finanzsektors. Sie finanzierten nur jeden fünfzehnten Produktentwickler mit Beteiligungskapital. Produktentwickler können am ehesten bei VCG das Geld akquirieren, welches sie für die Durchführung ihrer FuE-Aktivitäten benötigen. Dieses Ergebnis zeigt sich auch dann, wenn für weitere Bestimmungsgrößen des Erhalts von Beteiligungskapital im Rahmen einer ökonomischen

metrischen Untersuchung kontrolliert wird. Die hohe Bedeutung von VCG hat weit reichende Implikationen. Eine fortwährende Zurückhaltung beziehungsweise

ein Rückzug der VCG bleibt nicht ohne Folgen für die junge Biotechnologiebranche in Deutschland.

RWI : Materialien

(8) Boris Augurzky, Samuel Berhanu, Silja Göhlmann, Sebastian Krolop, Andreas Liehr-Griem, Christoph M. Schmidt, Harald Tauchmann, Stefan Terkatz, Strukturformen im deutschen Gesundheitswesen

Die in Zusammenarbeit mit der Health Care Unternehmensberatung Admed verfasste Untersuchung stellt wesentliche Ineffizienzen im deutschen Gesundheitswesen dar und schätzt die mit ihnen verbundenen Einsparpotenziale ab. Es zeigt sich, dass die Behebung von Ineffizienzen bei Leistungserbringern zu Einsparungen in der Größenordnung von mindestens 7,5 bis 10 Mrd. € pro Jahr führen könnte. Die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ließen sich auf diese Weise um 0,7 bis 0,9 Prozentpunkte senken.

Über diese Überlegungen hinaus gehende Untersuchungen zu Fehlanreizen im System weisen auf ein weiteres, möglicherweise beachtliches Einsparpotenzial hin. Der Mangel an empirischen Untersuchungen hierzu verdeutlicht den dringend notwendigen Bedarf an fundierten wissenschaftlichen Evaluationsstudien auf dem Gebiet der Gesundheitsökonomie (mehr dazu in RWI : News 1/2004, S. 3–5).

(9) Wim Kösters, Stephan Paul and Stefan Stein, An economic analysis of the EU Commission's proposal for a new Consumer Credit Directive

Die Analyse des Vorschlags für eine neue EU-Richtlinie Verbraucherkredit fällt gemischt aus. Zwar sind die Ziele des Vorschlags, den Markt transparenter und effizienter zu machen, aus Sicht der Wissenschaftler zu begrüßen. Der aktuelle Entwurf scheint hierfür jedoch nicht geeignet.

Die überhöhten Vorschläge würden eher den Wettbewerb auf Angebots- und Nachfrageseite schwächen.

Nach der Analyse des privaten Kreditverhaltens und der vorgeschlagenen Neuregelungen kommt die Studie insgesamt zu dem Ergebnis, dass die Verbraucher vor allem dazu befähigt werden sollten, sich selbst zu schützen. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn sie mit den entsprechenden Informationen versorgt werden. Reglementierungen des Bankenbereichs sind dem Ergebnis der Untersuchung nach hierzu der falsche Schritt.

(10) Friederike Welter, Hans-Hermann Höhmann et al., Vertrauensbeziehungen in KMU

Die Studie, die wichtige Ergebnisse eines von der Volkswagen-Stiftung finanzierten internationalen Forschungsprojektes zusammenfasst, untersucht Vertrauensbeziehungen in kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland, Russland, Estland, Italien und Großbritannien. Es zeigt sich, dass die häufig geäußerte These von Marktwirtschaften als „high trust“-Milieus und Transformationsländern als „low trust“-Milieus so generell nicht bestätigt werden kann. Zudem ist keine einfache Kategorisierung von Beziehungen anhand der Art des Vertrauens – persönliches, kollektives (branchenübliche Normen und Geschäftskonventionen) oder institutionelles („unpersönliches Vertrauen“, beruht auf gesetzten Ordnungen, Normen und Vorschriften) – möglich. So spielen beispielsweise auch dort, wo informelle beziehungsweise persönliche Beziehungen zum

Tragen kommen, gesetzliche, kollektiv bekannte oder produktspezifische Absicherungsmechanismen eine wichtige Rolle.

Zudem macht die Studie deutlich, wie sehr kulturelle Unterschiede das Handeln auf Unternehmensebene beeinflussen. Nicht zuletzt zeigt sich, dass politischen Akteuren vor allem die Aufgabe zufällt, eine „Kultur“ des Vertrauens zu schaffen. Hierzu gehört es aus Sicht der Wissenschaftler auch, konsistente (wirtschafts-) politische Konzepte zu erarbeiten und sie konsequent durchzusetzen, um auf diese Weise ein günstiges Umfeld für die unternehmerische Betätigung zu gestalten.

Mehr zu diesem Projekt in RWI : News 4/2003, S. 6–7 und auf der Projekt-Webseite www.rwi-essen.de/trust.

(13) Boris Augurzky, Sebastian Krolop, Andreas Liehr-Griem, Christoph M. Schmidt und Stefan Terkatz, Das Krankenhaus, Basel II und der Investitionsstau

Die Studie untersucht die zukünftige Entwicklung der Finanzierungskosten von Krankenhäusern vor dem Hintergrund des anhaltenden Rückzugs der öffentlichen Hand aus der Finanzierung von Investitionen und des dadurch entstandenen Investitionsstaus sowie der von Banken im Gefolge von Basel II verstärkt geforderten Risiko sensitiven Zinsmargen (mehr dazu auf S. 6–7).

Interna

Interner Umzug

Nachdem das RWI eine neue Organisationsstruktur erhalten hat (s. dazu auch RWI : News 3/2003), ist durch einen internen Umzug mittlerweile auch räumlich zusammengedrückt, was fortan zusammengehört.

Eine ausgeklügelte Planung sorgte dafür, dass die Aktion (nahezu) reibungslos über die Bühne ging, auch wenn die Umzugskartonerbe auf den Fluren zwischenzeitlich

Kollegen und Umzugshelfer einige Nerven kosteten.

Mittlerweile sind alle neuen Büros bezogen, und auch die Zahl der vermissten Kartons und Mitarbeiter ist stark zurückgegangen. Viele RWIler haben den Umzug zudem genutzt, sich von teils Jahrzehnte altem Material zu trennen und so auch was den Platz im Büro betrifft einen Neuanfang zu machen.

Neue Mitarbeiter im RWI



Bereits seit 1. April ist Oswald Raida als Systemadministrator im RWI tätig. Aus seiner mehrjährigen Tätigkeit für die Dressler Datensysteme GmbH kennt er das Institut und seine EDV-Infrastruktur bereits im Detail. Im Kompetenzbereich „Daten“ ist er durch seine Unix-Kenntnisse in erster Linie für die Administration der Server zuständig. Außerdem gehört das Erstellen von neuen Konzepten und Optimierungen im EDV- und Netzwerkbereich zu seinen Aufgaben.



Seit 1. Mai ergänzt Mathias Sinning als Referent des Vorstands das RWI-Team. Der studierte Volkswirt absolvierte sein Studium mit den Schwerpunkten Ökonometrie, Sozialpolitik, Entwicklungspolitik und internationale Wirtschaftspolitik an der Universität Heidelberg. Seine Diplomarbeit beschäftigte sich mit der „Messung von Ausbildungsrenditen am Beispiel Jugendlicher in Sri Lanka“.

Bevor er zum RWI kam, war er unter anderem beim Centre for Poverty Analysis (CEPA) in Colombo/Sri Lanka und als Gutachter im Bereich Gesundheit, Bildung und soziale Sicherheit für die GTZ tätig. Am RWI arbeitet Mathias Sinning nicht nur für den Vorstand, sondern auch an seiner Promotion im Bereich Migration, Integration und Bildung.

RWI : News **Nr. 2/2004 (Mai 2004)**

Herausgeber: Rheinisch-Westfälisches Institut für
Wirtschaftsforschung, Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen,
Tel.: 0201/81 49-0, Fax: -200, mail: rwi@rwi-essen.de
Alle Rechte vorbehalten
Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D.
Redaktion: Sabine Weiler (Tel. -213), Joachim Schmidt
ISSN 1612-3581